Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.



Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 26

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 11. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 10. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zu Ehren der inzwischen verstorbenen Mitglieder erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der **Brausteuernovelle.**

Schatzsekretär Frhr. **v. Maltzahn:** Der Zweck der Ihnen vorgelegten Steuergesetze ist, diejenigen Einnahmen zu beschaffen, welche zur Deckung der Ausgaben aus dem Gesetz betreffend die Erhaltung der Friedenspräsenzstärke nothwendig sind. Wenn letzteres zur Verabschiedung gelangt, würde man nicht gut thun, auf dem Wege der Matrikularbeiträge die Kosten aufzubringen. Diese Ueberzeugung haben die verbündeten Regierungen von Anfang an gehabt. Deshalb sind die Steuervorlagen auch zusammen mit der Militärvorlage ausgearbeitet worden. Ich betone das ausdrücklich, weil in der Presse das Gegentheil behauptet worden ist. Die neuen Steuervorlagen sollen den augenblicklichen Mehrbedarf decken. Wir wollten zur Zeit nicht darüber hinausgehen und keine Steuerreform in großem Stil beginnen, weil wir noch nicht übersehen können, wie die neuen Handelsverträge auf die Reichseinnahmen wirken werden und weil der Zeitpunkt ungünstig ist, zumal da die in Preußen begonnene Steuerreform störend eingreifen würde. Die gesammten Steuervorlagen ergeben eine Einnahme von 57½ Millionen. Der Reichstag würde eine über das augenblickliche Bedürfniß hinausgehende Forderung nicht bewilligen. Die Gründe, weshalb wir gerade auf die vorliegenden drei Steuerarten gekommen sind, ergeben sich aus Artikel 70 der Verfassung. Aus der Brausteuer soll mehr als die Hälfte des gesammten Mehrbedarfs gedeckt werden. In letzter Stunde ist von den Interessenten lebhafter Widerspruch gegen diese Steuererhöhung erhoben worden. Namentlich befürchtet man eine Belastung der Konsumenten. Die jetzige Belastung der norddeutschen Brausteuergemeinschaft ist außerordentlich gering, sie beträgt pro Kopf nur 79 Pfennige. Sollte das norddeutsche Bier im Jahr 1893 nicht eine größere Belastung ertragen, als diejenige ist, welche 1879 normirt worden ist? Wer die Steuererhöhung tragen wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Jedenfalls ist dieselbe minimal. In Süddeutschland ist die Belastung schon eine viel höhere, ohne daß sich Unzuträglichkeiten ergeben. Ich bitte Sie die Vorlage wohlwollend zu prüfen.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.): Ich danke dem Staatssekretär, daß er mir meine Widerlegung so leicht gemacht hat; denn er hat lediglich wiederholt, was bereits in den Motiven steht. Auf die Bedenken, welche gegen die Vorlage erhoben worden sind, ist er nicht eingegangen. Die Herren aus dem Süden werden mir bestätigen, daß die dortigen Biersteuererhöhungen den kleinen Bierbrauern außerordentlich geschadet haben. Dazu kommt, daß der Malzaufschlag in Bayern in einem guten Jahr gemacht worden. Trotzdem sind Tausende von Existenzen vernichtet worden. Die Regierungen schlagen uns jetzt eine Biersteuererhöhung vor, wo unsere gewerblichen Verhältnisse sich in einem Niedergang befinden, wie die Regierung selbst zugegeben hat. Der Reichskanzler hat der Hoffnung auf Besserung Ausdruck gegeben. Das erwarten wir alle; aber wie soll die Besserung eintreten, wenn man dem Handel und Verkehr Hindernisse in den Weg legt. Unter einer Erhöhung der Brausteuer werden auch die mit dem Braugewerbe verbundenen Gewerbe leiden; denn der Brauer, der vor der Möglichkeit einer solchen Belastung steht, wird in seinen Neuanschaffungen sehr zurückhaltend sein müssen. Das Merkwürdigste ist mir die muthmaßliche Berechnung: Aus der Brausteuergemeinschaft seien durchschnittlich 26 Millionen jährlich eingegangen, bei einer Verdoppelung der Steuer müßte sich auch die Einnahme verdoppeln. Ein solches Rechenexempel wäre begreiflich, wenn der Schatzsekretär uns in seiner Etatsrede nicht mitgetheilt hätte, daß in diesem Jahre die Brausteuer hinter dem Vorjahre um 167 590 Mark zurückgegangen ist. In den früheren Vorlagen zur Brausteuer ist man viel vorsichtiger gewesen, da hat man bei einer in Aussicht genommenen Verdoppelung der Brausteuer nicht eine Verdoppelung der Einnahmen, sondern eine Erhöhung derselben um ein Drittel angenommen. Vielleicht wird uns der hier anwesende bayerische Finanzminister sagen, wie die Sache in Bayern verlaufen ist. Dort hat man 1880 die Steuer auf den Hektoliter Malz von 4 auf 6 Mark erhöht und hoffte eine Erhöhung der Einnahmen um 50 Prozent. Es sind aber nur 30 Prozent eingekommen. Erst nach zehn Jahren, 1889, also in einem besonders glücklichen Jahre hat der Bierkonsum ein wirkliches Mehr von 50 Prozent gebracht, um 1891 auf 33⅓ Prozent zurückzugehen. Wenn man auf Bayern, das gelobte Land des Bieres verweist, läßt man gewöhnlich aus dem Auge, daß das Bier in Bayern in ganz anderen Quantitäten verbraucht wird als im Norden, und daß dafür Kakao, Kaffee, Zucker und vor Allem der Branntwein viel weniger gebraucht werden. Die Beweise liefert das Buch von Hampe, der die Lebenshaltung der süddeutschen Arbeiterfamilien mit den norddeutschen vergleicht. Von den hohen Zöllen, die für diese Gegenstände eingeführt sind, hat Norddeutschland bedeutend mehr zu tragen, als der Süden. Der Branntweinkonsum beträgt in Süddeutschland nur ein Drittel von dem Verbrauche des Nordens. Darüber gehen die Motive leicht hinweg. Die Branntweinsteuer beträgt im Norden für den Kopf 3,70, in Bayern nur 0,4 Mark. Diesmal wird dem Bier eine nationalökonomische Bedeutung und die Eigenschaft als Nahrungsmittel anerkannt. Man meint, daß die Stellung, die das Bier in der Oekonomie des Volkes einnimmt, durch die beabsichtigte Erhöhung eine Beeinträchtigung nicht erfahren werde. Dunkel ist der Rede Sinn. Das Bier muß doch getrunken, muß auch bezahlt werden, und wenn in der norddeutschen Steuergemeinschaft der Bierkonsum so zugenommen hat, so liegt das daran, daß das Bier das einzige Nahrungsmittel ist, das im Laufe vieler Jahrzehnte keine Preissteigerung erfahren hat, sondern im Gegentheil billiger geworden ist. (Zustimmung.) Man meint, eine Erhöhung des Bierpreises sei ausgeschlossen, weil durch diese Steuererhöhung nur ein unbedeutender Aufschlag vorgenommen werde, den die Wirthe tragen könnten. Als wenn es nicht viele Gastwirthe gäbe, die mit des Lebens Noth zu kämpfen haben. In Preußen hat man den Gastwirthen neben der Gewerbesteuer eine besondere Betriebssteuer auferlegt. Der preußische Finanzminister empfiehlt den Kommunen, zu den Betriebssteuern besondere Kommunalsteuerzuschläge zu erheben. Der Schatzsekretär sagt den Gastwirthen: Eure Vorfahren haben genug verdient, ihr könnt jetzt die Brausteuer tragen. Es ist uns gar nicht mitgetheilt worden, wie die Motive auf den Durchschnittsverdienst von 19,8 M. pro Tonne gekommen sind. Die Verfasser haben, glaube ich, sich die Sache sehr leicht gemacht und wie mir scheint, ihre Studio auf die vielgeschmähten Bierpaläste beschränkt. Es bedürfte gar keiner großen Mühe festzustellen, daß in dem Betrieb der norddeutschen Gemeinschaft der Preis für das Bier nicht höher ist als in Bayern und daß der Verdienst eines norddeutschen Wirths den eines bayerischen Wirths nicht übersteigt, im Gegentheil dahinter zurückbleibt. In Oberschlesien z. B. wird das obergährige Bier mit 10 Pfg., das Doppelbier mit 20 Pfg. verkauft. Auch auf den Bahnhöfen muß das Dreizehntelglas Lagerbier an das Publikum für 10 Pfg. verkauft werden. Ich will nur noch konstatiren, daß nach genauen Berechnungen die Unkosten des Wirthes für das Hektoliter in Süddeutschland 2—6 Mark, dagegen in Norddeutschland 16—17 Mark betragen. Wer soll die Steuerverdopplung tragen? Das Publikum wird es nicht wollen, der Wirth auch nicht, bleibt also nur der Brauer, auf den die Steuerverdoppelung in der Art einer besonderen Betriebssteuer wirken würde. Kollege Rösicke hat ausgerechnet, daß die 34 Brauereien, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, in Zukunft bei der Brausteuererhöhung sich nur noch mit 1,38 Prozent verzinsen würden. Und das nennen Sie Hoffnung auf Besserung der industriellen Verhältnisse? Als in Bayern vor 12 Jahren der Malzaufschlag erhöht wurde, sank der Konsum und ist heute noch lange nicht wieder so groß wie vor jener Zeit. Die Produktion hat sich erhöht, aber nur in Folge des gesteigenen Exports. Die „Bierpaläste“ bei uns sind eine Folge der bayrischen Expansivkraft, und unsere Brauer mußten folgen, um ihre Ehre und ihr Ansehen zu wahren. Also die „Bierpaläste“ kann man nicht geltend machen als ein Moment zu Gunsten des Prosperirens der Brauindustrie. Der Export nach dem Zollausland ist bedeutend zurückgegangen. Die norddeutschen Brauer haben kein Aequivalent für die Steuererhöhung, denn wohin sollen sie exportiren? Auf den Kampf des Biers gegen den Branntwein will ich nicht weiter eingehen. Nur noch ein Wort über den Plan der Staffelsteuer. Diese wird den kleinen Betrieben nichts nutzen. Wie Sie die Steuer auch gestalten mögen, sie schädigt die Brauindustrie. Sind wirklich so große Mehrausgaben nöthig, dann hebe man die Begünstigungen einzelner auf! Der Brauer will keine Begünstigung für sich, er trägt willig bei zu den allgemeinen Lasten. Graben Sie der Vorlage, die so viel Beunruhigung in die Industrie getragen hat, ein möglichst frühes Grab! (Beifall links.)

Schatzsekretär **v. Maltzahn:** Unsere Berechnungen sind sehr genau nach Umfang in allen Theilen des Reiches aufgestellt worden. Ueber Einzelheiten werden wir ja in der Kommission uns unterhalten können. (Abg. **Rösicke:** So lange können wir nicht warten.) Daß so viel kleine Brauereien eingehen, beruht auf der Konkurrenz des Großkapitals, das sich den Aktienbrauereien zuwendet. Die Sache ist noch immer sehr rentabel. Wer die Friedrichstraße in Berlin kennt, der weiß, daß die Brauereien Miethen zahlen, wie sie sonst kein Kaufmann zahlen kann. Es giebt Aktienbrauereien, die 45—50 Proz. Dividende zahlen. (Abg. **Goldschmidt:** Keine einzige!) Solche mit 27—32 Proz. sind gar keine Seltenheit.

Bayerischer Finanzminister **v. Riedel**: Es ist unrichtig, daß durch den Malzaufschlag in Bayern Tausende von Existenzen vernichtet worden sind. Es sind zwar 563 Betriebe eingestellt worden, aber dafür auch 342 Betriebe neu entstanden. Wir haben festgestellt, daß von den eingestellten Betrieben nur 10 bis 15 in Folge des Malzaufschlags eingestellt worden sind. Es ist ja richtig, daß die kleinen und mittleren Betriebe sich weniger günstig befinden als die großen. Die großen Betriebe sind bedeutend kapitalkräftiger und können auch mit größeren Maschinen arbeiten. Das Eingehen vieler kleinen Betriebe fällt nicht der Steuer zur Last, sondern ist eine Folge der Konkurrenz der Großbetriebe. Wenn gesagt worden ist, die Hoffnungen der bayerischen Regierung auf die Erträge aus dem Malzaufschlag hätten sich nicht erfüllt, so ist das nicht ganz richtig. Im Allgemeinen sind unsere Hoffnungen nicht getäuscht worden. Auch in der Schätzung des Bierkonsums in Bayern hat sich der Abg. Goldschmidt geirrt; es giebt Gegenden in Bayern, wo gar kein Bier getrunken wird.

Abg. **Hug** (Ztr.): Der Schwerpunkt für Süddeutschland beruht darauf, wie werden sich die Ueberweisungen gegenüber den Matrikularbeiträgen gestalten? Wir stehen vor der Eventualität, daß, im Fall das bisherige Mehr an Ueberweisungen zurückgeht, Süddeutschland aus seinen eigenen Einnahmequellen an das Reich zu zahlen hat. Für Baden würde das zu großen Schwierigkeiten führen. Durch Vermehrung der Einnahmen dürfte dort wenig zu erreichen sein. Auch eine Verminderung der Ausgaben scheint mir nicht durchführbar zu sein. Ich hoffe, daß die Militärvorlage eine solche Reduktion erfahren wird, daß eine Erhöhung der Brausteuer nicht nothwendig wird.

Abg. **Gamp** (Rp.): Wir müssen den Regierungen alles bewilligen, was bei einer etwaigen Heeresverstärkung nothwendig wird. Dem Grundgedanken der Börsensteuer stehen wir sympathisch gegenüber. Gegen die beiden anderen Steuern haben wir erhebliche Bedenken, doch hoffen wir, daß sich dieselben durch eine Umgestaltung der Vorlagen in der Kommission beseitigen lassen werden. Ein Bedenken läßt sich ja gegen jede Vorlage geltend machen, daß nämlich bei einer wirthschaftlichen Depression eine neue Steuer schwer durchzuführen ist. Aber wenn die Militärvorlage angenommen werden sollte, müssen auch die nothwendigen Mittel durch neue Steuern aufgebracht werden. Was der Abg. Goldschmidt gegen die Brausteuer vorgebracht hat, läßt sich auch gegen jede andere Steuer sagen. Eins wünsche ich vor allem, daß auf die kleinen Brauereien, insbesondere auf diejenigen, welche obergähriges Bier herstellen, Rücksicht genommen wird. Vielleicht äußert sich der Schatzsekretär darüber, ob es nicht andere Steuerquellen giebt, welche den nationalen Wohlstand weniger treffen. So hat z. B. die Champagnersteuer in der Presse eine sehr günstige Beurtheilung erfahren. Die Quittungssteuer giebt in einem Lande, wie England, das auf den freien Verkehr angewiesen ist, zu Bedenken keinen Anlaß. Vielleicht ist auch die Inseratensteuer vortheilhafter als die Brausteuer. Letztere können die Konsumenten sehr wohl tragen. Das schließt nicht aus, daß in Fällen, wo der Verkäufer übermäßigen Vortheil zieht, die Steuer lediglich von dem Brauer getragen wird. Die Steuer wird von den Brauern auf verschiedene Weise auf die Konsumenten abgewälzt werden, entweder durch Verabreichung eines geringeren Maßes oder eines minderwerthigen Bieres. (Heiterkeit links.) Die Angaben in der Goldschmidtschen Broschüre über die Einnahmen aus dem Malzaufschlag in Bayern treffen nicht zu; denn bereits in 1 bis 1½ Jahren haben sich diese Einnahmen gesteigert. Ein weiteres Bedenken ist, daß die Uebergangsabgabe weder in der Vorlage noch in der heutigen Rede des Schatzsekretärs erwähnt ist. Gleichzeitig bedaure ich, daß man nicht einem langjährigen Bestreben der Brauereien entgegen gekommen ist und das Verbot der Surrogate vorgeschlagen hat. Man sollte doch den Brauereien den Uebergang in den neuen Zustand erleichtern; denn so ohne Weiteres wird man die Brausteuer nicht auf die Konsumenten abwälzen können. Meine Partei hat erhebliche Bedenken gegen die Vorlage, sie erwartet in der Kommission den Nachweis, daß die nothwendigen Mittel auf anderm Wege nicht zu erlangen sind, und macht von diesem Nachweis ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig.

Abg. **Rösicke** (liberal, bei keiner Fraktion): Der Schatzsekretär ist nach dem Süden gereist, um den süddeutschen Ministern die Brausteuer annehmbar zu machen. Es wäre unnatürlich, wenn diese nicht auf eine solche Vorlage eingegangen wären, die ihnen erhebliche Vortheile zuführt. Wenn der Schatzsekretär schon nach dem Süden reiste, dann hätte er wenigstens die Gelegenheit benutzen sollen, um aus eigener Anschauung etwas von den süddeutschen Brauereien kennen zu lernen, anstatt sich auf den Finanzminister v. Riedel zu verlassen. Von den vorgeschlagenen Steuern berührt ja die Börsensteuer erheblich weitere Kreise, ebenso die Branntweinsteuer. Das gilt so ohne Weiteres nicht vom Bier. Das Bier ist eine Qualitätswaare, es hängt von dem Geschmack des Publikums ab und kann leicht verderben. Die Brauer können das Bier nicht aufstapeln. Deshalb fürchten sie nichts so sehr als eine Verminderung des Konsums. Dazu kommt, daß jeder Versuch, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen, in den Motiven als Uebervortheilung bezeichnet wird. Es ist wohl kaum dagewesen, daß einem einzelnen Gewerbe eine so große Steuer auferlegt und zugleich der Versuch einer Abwälzung als Uebervortheilung bezeichnet wird. Die Behauptungen des Abg. Goldschmidt über die Verminderung der Rentabilität der Brauereien halte auch ich vollkommen aufrecht. Man hat behauptet, daß da einzelne Aktienbrauereien eine ganz bedeutende Dividende hätten, auch die übrigen gute Geschäfte machen müßten. Man darf doch nicht einzelne glückliche Unternehmungen herausgreifen und dann, was von diesen gilt, allgemein behaupten. Es ist ausgerechnet worden, daß bei Einführung der höheren Brausteuer die Brauereien nur ⅛ Mark pro Hektoliter Gewinn haben würden. Daß die kleineren Brauereien durch die Vorlage getroffen werden, ist ja vom Regierungstische aus nicht bestritten worden. Das wäre aber sehr zu bedauern, weil gerade auf dem Lande diese kleinen Brauereien den Bierkonsum gefördert haben. In Norddeutschland hat das Bier im Gegensatz zu Süddeutschland erst seit einer Reihe von Jahren ein größeres Absatzgebiet. Es hatte hier in dem Branntwein einen großen Konkurrenten. Der Schatzsekretär scheint sich nicht ganz klar darüber zu sein, wer die Steuererhöhung tragen wird. Die Sache wird sich so stellen, daß die Brauer die Steuer zu tragen haben, daß die kleinen Brauereien sie nicht werden tragen können und zu Grunde gehen werden und daß eine Vertheuerung des Biers eintritt. Das thut dieselbe Regierung, die sich für die Schädlichkeit des Branntweingenusses auf Autoritäten beruft, die jede Erhöhung der Brausteuer verurtheilen! Es erscheint nur unverantwortlich, wie unter demselben Reichskanzler der heutige Entwurf und das Trunksuchtsgesetz vorgelegt werden können. Das Beispiel von Bayern kann nicht angeführt werden, einmal deswegen, weil dort weit mehr Bier getrunken wird als hier. Ferner ist die bayerische Brauindustrie schon sehr alt, während sie bei uns erst seit 15 bis 20 Jahren zu einer gewissen Entwickelung gelangt ist. Eine alte Industrie kann aber ein Experiment eher ertragen als eine junge. Die bayerischen Brauereien haben von jeher einen solchen Ruf, daß sie die Konkurrenz nicht in dem Maße zu fürchten haben wie die norddeutschen Brauereien und daher ehe eine Belastung vertragen. Dazu kommt, daß die Löhne in Bayern weit niedriger sind als bei uns. In Berlin beträgt der durchschnittliche Lohn für einen Arbeiter in der Brauindustrie 1550 Mk., in München nur 1147 Mk. Und trotzdem hat man in Bayern die Steuer nicht in demselben Maße erhöht, wie man das für das norddeutsche Bier heute will. Berücksichtigt muß dabei die Thatsache werden, daß der Konsum nach der Steuererhöhung in Bayern erheblich abgenommen hat. Man führt vielfach an, daß nicht die Steuererhöhung, sondern andere Momente, die man nicht nennt, den Rückgang des Konsums verschuldet haben. Mit einer solchen Deduktion könnte man nicht bloß die Verdoppelung sondern sogar die Verfünffachung der Brausteuer befürworten. Die fortgesetzte Steigerung der Produktion an bayerischen Bieren ist lediglich auf den wesentlich vermehrten, durch die Steigerung begünstigten Export zurückzuführen. Die Münchener Brauereien sind auch durchaus nicht auf Rosen gebettet. Mehrere haben keine Dividende vertheilt, und nur eine einzige über 4½ Proz. Daß die Erhöhung der Brausteuer in Bayern nicht, wie behauptet wird, günstig gewirkt hat, beweist der Rückgang der Zahl der kleineren Brauereien. Viele bayerische Brauereien können sich nur dadurch aufrecht erhalten, daß sie neben der Produktion den Ausschank betreiben. Ueber die Höhe des Ausschankgewinnes sind in den Motiven zwar ausführliche, aber ebenso unrichtige Angaben gemacht. Staatssekretär v. Maltzahn hat vergessen, daß bei uns neben Lagerbier auch sehr viel obergähriges Bier gebraut wird, von dem das Liter Bier 18 bis 20 Pf. kostet. Wie kann bei diesen von einem Gewinn von 19 Pfennig die Rede

sein? Ferner ist es richtig, daß überall $^{4}/_{10}$ Liter für fünfzehn Pfennig verkauft werden. Wenn der Staatssekretär sich nicht bloß in einigen Lokalen der Friedrichstadt, sondern in den entlegenen Gegenden Berlins umgesehen hätten, würde er gefunden haben, daß selbst hier das Bier wesentlich billiger verkauft wird. Eine von mir veranstaltete Enquete ergiebt, daß z. B. in Hessen das Bier nicht theurer ist als im Süden. Wie kann da von einem so großen Gewinn die Rede sein? Auch die Kosten für den Gewerbebetrieb sind nicht genügend berücksichtigt, sie sind bei uns höher als im Süden. Der bayerische Gastwirth braucht nicht so viel an dem Liter zu verdienen wie der norddeutsche, da bei ihm mehr getrunken wird. An den Speisen verdienen die Wirthe bei uns nichts. Wie will man es mit der Uebergangsabgabe halten? Soll diese trotz der Steuererhöhung bei uns nicht auch erhöht werden? Dann werden alle Brauereien an der bayerischen Grenze zu Grunde gerichtet. Unserem Biere droht ja in Preußen auch noch von anderer Seite Gefahr, das Kommunalabgabengesetz giebt den Kommunen die Möglichkeit, das Bier zu besteuern, und die Gemeinden werden diesem Fingerzeig gern folgen, so daß bald alle Gemeinden eine Biersteuer haben werden. Die Einführung einer Staffelsteuer im Sinne der bayerischen Steuer könnte ich wohl noch befürworten. Dann dürften aber die obergährigen Biere nicht höher besteuert werden, weil sie das nicht vertragen, und die kleinsten Brauereien müßten ganz frei gelassen werden. Ich hoffe aber, daß das Alles gar nicht nöthig sein wird, daß der Reichstag auch diesen siebenten Versuch der Regierung, die Biersteuer zu erhöhen, abweisen wird, zumal die Motive so unvollkommen sind, sich widersprechen, ja, ich möchte sagen, stümperhaft gemacht sind. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn:** Unsere Ziffern sind Durchschnittsziffern und beziehen sich nur auf untergährige Biere. Wir sind der Ueberzeugung, daß nach diesen Ziffern die Belastung, mag sie auf dem Brauer, auf dem Ausschänker oder Konsumenten ruhen, nicht so hoch ist, daß sie nicht bewilligt werden dürfte, wenn das Geld nothwendig ist.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Mittwoch 1 Uhr. (Außerdem noch sozialdemokratische Nothstands-Interpellation.) Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 10. Januar, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zu Ehren der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder erheben sich die Anwesenden von den Sitzen.

Der Rechenschaftsbericht über die Auflösung des Gesetzes betr. die Konsolidation preußischer Staatsanleihen wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Aufhebung von Stolgebühren in der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover.

Abg. Frhr. **v. Heereman** aber spricht die Hoffnung aus, daß auch, wie es gesprochen worden sei, für die katholische Kirche ein gleiches Gesetz geschaffen werden würde.

Kultusminister Dr. **Bosse** erklärt, daß über diese Angelegenheit mit den kirchlichen Organen Verhandlungen schweben.

Darauf wird der Entwurf in erster und zweiter Berathung erledigt.

Darauf folgt die erste Berathung des **Gesetzentwurfs, betr. die Verbesserung des Volksschulwesens** und des Diensteinkommens der Volksschullehrer.

Kultusminister Dr. **Bosse:** Als ich im vorigen Jahre das dornenvolle Amt eines Kultusministers antrat, fand ich einen Volksschulgesetzentwurf vor, der von dem vorangegangenen Minister ausgearbeitet und von ihm fest ins Herz geschlossen war. Aber ich konnte ihn nicht vertreten. Einen neuen Entwurf hatte ich aber nicht in der Tasche. Wenn ich nicht schon in diesem Jahre mit einem solchen Gesetze hervortrete, so geschah es aus drei Gründen, weil ich mich in die Materie erst hineinarbeiten mußte, zweitens weil die Volksvertretung mit einem so umfassenden Gesetze neben den Steuervorlagen nicht belastet werden durfte, und sodann, weil eine große Reihe von Fragen noch nicht spruchreif sind. Dagegen mußte ich der Frage des Diensteinkommens der Lehrer, das heute viel Ungerechtigkeiten und Härten enthält, näher treten. Eine organische Verbesserung muß Platz greifen. Der Weg eines Schuldotationsgesetzes wäre mir angenehmer gewesen, und ich habe nur ungern darauf verzichtet. Nach unserer Schätzung betragen die von den Schulverbänden aufgebrachten Steuern ungefähr 30 Proz. aller Steuern, und es hätte sich im Anschluß an die Steuergesetze durchführen lassen. Wenn das jetzt nicht geschieht, so waren politische Gründe dafür maßgebend. Man hätte bei der Berathung eines Schuldotationsgesetzes alle Leidenschaften, die aus den früheren Debatten noch nachzitternde Erregung wachgerufen und den ganzen Plan dadurch vielleicht aufgehoben. Denn nothwendiger Weise wären prinzipielle Fragen über die innere Schulverfassung nicht zu vermeiden gewesen. Besonders an dem Punkte „Uebergang der bisherigen Schulen auf die politischen Gemeinden“ wäre der Streit zweifellos ausgebrochen. Vor allem aber waren technische Gründe dafür maßgebend, von einem Schuldotationsgesetz abzusehen. Denn aus der Ueberweisung der direkten Staatssteuern an die Gemeinden hätten die Kosten für die Schulen nicht aufgebracht werden können, die Prästationspflicht des Staates hätte also in einem Maße eintreten müssen, das sich nicht absehen läßt. Die Schullasten stehen in umgekehrtem Verhältniß zur Steuerkraft der Gemeinden. Während mit der Erhöhung der Gemeindeausgaben für gewerbliche Zwecke, Gas- und Wasseranlagen die Steuerkraft gesteigert wird, sinkt die Steuerkraft mit der Erhöhung der Gemeideausgaben für Schulzwecke. Das Verhältniß der Kosten für das Volksschulwesen zu dem Einkommen- und Realsteuersoll ist ein ganz mißliches. Denn 1891—92 betrugen die Volksschulausgaben 109 Prozent des Einkommensteuersolls, 157 Prozent des Aufkommens an Realsteuern. Von den Ausgaben entfallen 64 Millionen auf die Städte, 81 Millionen auf das Land, die Städte geben also nur 77 Prozent ihrer Einkommensteuern für das Schulwesen aus, das Land giebt 270 Prozent aus. In einzelnen Kreisen und Bezirken des Ostens ist das Verhältniß ein noch weit schlimmeres, es giebt Gemeinden, in denen die Volksschullasten das Vierfache des Realsteueraufkommens betragen. Eine gerechte Vertheilung der Lasten muß herbeigeführt werden, das kann aber nicht geschehen durch eine gleichmäßige Unterstützung aller Schulverbände, sondern nur durch Unterstützung der Bedürftigen. Wenn die Steuerreform an der Schule ganz vorbeigeht, so muß sie wenigstens Mittel bereit stellen für eine solche gerechte Vertheilung. Diese Bereitstellung von Mitteln ist um so nothwendiger, als durch die Aufhebung des Schulgeldes und der nur mäßigen Kommunalbelastung der Einkommen unter 900 Mark die Aufbringung der Schullasten erschwert wird. Wir haben nun den Weg gewählt, die Ueberschüsse aus der Steuerreform zu jener Unterstützung zu nehmen. Formell mag dies einen Verstoß gegen § 82 des Einkommensteuergesetzes sein, in Wirklichkeit aber ist die Vorlage und der § 82 dasselbe. Gern hätten wir das Einkommen der Lehrer noch höher gesteigert, leider ist das aber nicht möglich gewesen. Eine solche Steigerung ist aber bei den bisherigen Einkommensverhältnissen nothwendig. denn bisher hatten 26 000 Lehrer nur bis 1200 M., 23 000 bis 1800 M. Gehalt, nur 13 000 hatten mehr. Der Vorwurf, daß die Lehrer ihre schlechte Lage durch frühe Gründung einer Familie selbst verschulden, ist ungerechtfertigt, denn von 90 0 Lehrern im Alter bis zu 25 Jahren waren nur 500 verheirathet. Die Versprechungen, die den Lehrern gemacht worden sind, müssen erfüllt werden. Es muß einmal das Dotationsgesetz vom 26. Mai 1887 aufgehoben werden, und das geschieht durch die gegenwärtige Vorlage. Jenes Gesetz ist eine Schulunordnung, aber keine Schulordnung. Wir haben auf einem anderen Wege das Ziel nicht erreichen zu können geglaubt und haben alles vermieden, was dem Entwurf einen bureaukratischen Charakter geben könnte. Ich hoffe, daß die Vorlage in der Kommission immer mehr Freunde gewinnen wird. Welches aber auch ihr Schicksal sein möge, die preußische Regierung wird sich immer angelegen sein lassen, das Volksschulwesen, das theuerste Kleinod des Staates wie bisher zu fördern.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.): Trotz aller Anerkennung, die meine politischen Freunde der Regierung wegen ihres durch die Vorlage gegen das Volksschulwesen bewiesenen Wohlwollens zollen müssen, haben dieselben doch erhebliche Bedenken gegen den Entwurf. Zunächst deswegen, weil er in der That dem § 82 der Einkommensteuervorlage widerspricht, der einen ganz anderen Verwendungszweck für die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer vorschreibt. Ferner sind wir mit der Fassung des § 1 nicht einverstanden, wonach die bisherigen Ueberschüsse aus der Einkommensteuer in den allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt werden sollen. Es müßte ein besonderer Fonds aus diesen Ueberschüssen gebildet werden. Ich beantrage daher, § 1 der Steuerkommission, die übrigen Paragraphen einer besonderen Kommission zur Vorberathung zu überweisen.

Abg. **Barth** (frk.): Wohl Niemand im Hause ist mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, und auch ich habe mich zunächst nur für die Vorlage einschreiben lassen, weil ich dem Gedanken einer Unterstützung armer Gemeinden und einer Besserstellung der Lehrer sympathisch gegenüber stehe. Aber zu bedenken ist doch die Finanzlage des Staates, wir stehen vor einem Defizit. Dann soll das vorliegende Gesetz erst in 3 Jahren in Kraft treten. Wozu machen wir schon heute ein Gesetz. Wir können ja die Lage im Jahre 1895 heute noch gar nicht übersehen. Zweifelhaft ist noch, ob das Gesetz von 1887 wirklich schlecht gewirkt habe. Ist die Nothwendigkeit, bessere Einkommensverhältnisse der Lehrer herbeizuführen, wirklich so groß, warum läßt man das Gesetz denn erst 1895 in Kraft treten? Auch gegen einzelne Bestimmungen erheben sich große Bedenken. Namentlich werden dem Bezirksausschuß Befugnisse zuertheilt, die besser der Kreisausschuß auszuüben hätte. Wir sind bereit, die Summe, die der Minister will, zu bewilligen, auch einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Mai 1887 aufzuheben, aber das ganze Gesetz aufzuheben, sehen wir keine Veranlassung.

Abg Frhr. **v. Minnigerode** (kons.): Ich habe gegen die Lehrer nichts, aber es ist für diese weit mehr schon geschehen, als für die anderen Beamten. Es kann nicht anerkannt werden, daß der Nothstand unter den Lehrern gegenüber den übrigen Staatsbeamten ein so großer ist, daß eine besondere Abhilfe heute nöthig ist. Wenn der Kultusminister heute durchklingen ließ, daß die Regierung von einem Volksschulgesetze auf lange Zeit Abstand nehme, so bedauere ich das. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch beseitigt man nicht die vorhandene Erregung, sondern steigert sie. Die Frage ist so brennend, daß die Regierung gerade hier die Initiative ergreifen muß. Ein Dotationsgesetz wird ohne Volksschulgesetz auf die Dauer nicht möglich sein, eine einheitliche Regelung der ganzen Angelegenheit ist durchaus nothwendig. (Sehr richtig! rechts.) Sympathischer als zur Erhöhung der Lehrergehälter stehen wir zu dem Vorschlage, aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer einen Fonds für Volksschulbauten abzuzweigen. Viele arme Gemeinden des Ostens sind einer solchen Unterstützung sehr bedürftig. Dagegen kann ich mich für die Aufhebung des Gesetzes vom 26. Mai 1887 nicht erwärmen, da dieses die Entscheidung in die Hände der Selbstverwaltungskörper legt, der vorliegende Entwurf aber die Machtbefugnisse der Staatsbehörde übergiebt. Wir müssen den Bureaukratismus beschränken, der mehr Kosten auferlegen will, während der Wohlstand zurückgegangen ist. Endlich können wir einer solchen Zentralisation des Volksschulwesens nicht zustimmen, für das Volksschulwesen wäre gerade eine Dezentralisation am gedeihlichsten.

Abg. **Hobrecht** (nl.): Daß der Entwurf, so wie er vorliegt, nicht angenommen werden kann, darüber scheint überall Einverständniß zu herrschen. Anderseits ist zu bedenken, daß die Ziele des Gesetzes sehr bedeutend und einzelne Punkte durchaus annehmbar sind. Das Gesetz ist verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig. Ich beantrage, dasselbe nicht theilweise an die Steuerkommission, sondern im Ganzen an eine besondere Kommission zu verweisen, da es sonst in der Steuerkommission begraben bleiben würde. So lange das Gesetz vom 26. Mai 1887 besteht, muß die Vertheilung der vom Staate flüssig gemachten Gelder an die Gemeinden immer ungerechter werden. Allerdings hat der vorliegende Entwurf den Fehler, daß er dem diskretionären Ermessen der Staatsgewalt zu viel Spielraum läßt. Wir werden in der Kommission feste Normen und Grundsätze für die Bemessung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden schaffen müssen. Das ist bei der heute reformirten Einkommensteuer wohl möglich.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Ich spreche hier für dieses Gesetz durchaus nicht vom Standpunkt des Wahrers der Finanzen, sondern vom Standpunkt des Staatsministers. Da muß ich denn zunächst hervorheben, daß die Vorlage den § 82 des Einkommensteuergesetzes nicht beseitigt, sondern eine zweckmäßige Ausführung desselben ist. (Oho! links und im Zentrum.) Durch diesen Entwurf erreichen wir eine Stärkung der Gemeinden, die durch die Steuerreform nicht genügende Vortheile haben. Wir erreichen also dasselbe damit, was wir durch die Steuerreform erlangen wollen. Von einer Thesaurirung kann keine Rede sein, denn die zu vertheilenden Mittel haben ja den Charakter einer Rente. Was aber mit der Vorlage auch geschehen möge, die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer müssen doch eine Verwendung finden, sei es durch Vertheilung des Kapitals an die Verbände oder zur Schuldentilgung. Das Gesetz ist nur ein Aushilfsgesetz, und es soll in dieser Session noch ein zweites Aushilfsgesetz an den Landtag gelangen, das das Lehrerpensionswesen mit Rücksicht auf die Staatsbeiträge regelt. Eine feste formale Norm für die Bemessung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden ist unmöglich, da bei der Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht blos die Steuerverhältnisse in Betracht kommen. Deswegen haben wir zu dem Mittel eines Dispositionsfonds gegriffen. Mechanisch läßt sich die Sache nicht regeln. Wenn wir heute nur ein Aushilfsgesetz eingebracht haben, so geschah es, weil ein großes Schuldotationsgesetz in den nächsten Jahren nicht zu Stande kommen würde. Etwas aber muß für die Lehrer und Gemeinden gethan werden. Zur Aufbesserung aller Beamten kann die Summe nicht verwendet werden, weil sie nicht für allgemeine Staatszwecke verwendet werden darf. Die Lösung der in der Vorlage angeregten Frage ist nothwendig. Lehnen Sie die Vorlage nun ab, so werden Sie fünf Millionen für diese Zwecke in den Etat einstellen müssen. Fünf Millionen aber ist keine so drückende Last, um diese wichtige Aufgabe unerfüllt zu lassen. Aus anderen Mitteln können wir die Aufgabe nicht erfüllen, denn wir haben keine anderen Mittel. Man kann auch nicht § 1 gesondert von den übrigen Paragraphen berathen, da die einzelnen Bestimmungen organisch zusammenhängen.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Mittwoch 11 Uhr (außerdem kleinere Vorlagen, darunter Entwurf über den Vorsitz des Pfarrers in dem katholischen Kirchenvorstande in Rheinland). Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. Jan. Der Schatzsekretär v. Maltzahn mag in verschiedenen Künsten geübt sein, aber die Kunst der Verstellung kennt er nicht. Er hätte sonst seine unglückselige Brausteuer-Vorlage vor dem spärlich versammelten Reichstage etwas hoffnungsfreudiger begründen können. Er hätte wenigstens so thun können, als glaube er daran, daß diese Vorlage eine Mehrheit finden wird. Aber er glaubt wirklich nicht daran, und darum hat er sich sogleich auf einen Ton verlegt, der von allen möglichen Tönen der falscheste ist. Vergeblich sucht man in der Rede des Schatzsekretärs nach einer tieferen Erfassung der Materie, und man muß vergeblich suchen, weil ein Verlegenheits- und Nothdurftsgesetz wie dieses unter gar keinen Umständen anders als schlecht und mangelhaft begründet werden kann. Wäre die Militärvorlage nicht, so würde auch die Brausteuervorlage nicht gekommen sein. Fällt die Militärvorlage, so ist die Brausteuer dahin und todt, als sei sie nie gewesen. Geht die Militärvorlage doch noch in irgend einer Weise durch, dann bleibt es endlich immer noch fraglich, ob gerade ein so ungeeignetes Gesetz wie diese Brausteuer zur Kostendeckung wird herangezogen werden. Keine Macht der subtilsten Dialektik könnte beweisen, daß die Rechnung des Herrn v. Maltzahn zutrifft, wonach die geplante Erhöhung der Brausteuer auch die Verdoppelung der Erträge bringen soll. Herr v. Maltzahn ist kein Dialektiker, und so begnügte er sich mit großartig wirkender Schlichtheit, einfach die Behauptung von der Einträglichkeit der Steuer hinzustellen, im Uebrigen aber dem Reichstage zu überlassen, wie er sich mit dieser sonderbaren Vorlage abfinden will. Irgendwelche stärkere Antheilnahme an den Maltzahnschen Steuerentwürfen kann man dem Reichstage einstweilen und bis zur Entscheidung über die Militärvorlage wirklich nicht zumuthen.

L. C. **Berlin,** 10. Jan. Im Abgeordnetenhause kam heute die erste Berathung des Gesetzes betr. die Verbesserung des Volksschulwesens noch nicht zum Abschluß; indessen ist es jetzt schon ersichtlich, daß die Vorlage in dieser Form aussichtslos ist. Der Sprecher der Konservativen, v. Minnigerode, erklärte eine Dotation der Volksschule ohne Schulgesetz für unmöglich und polemisirte gegen den Unterrichtsminister, der auf die Vorlegung eines solchen verzichtet zu haben erklärte. Das Gesetz von 1887 wollen die Konservativen nicht preisgeben. Auch das Zentrum (Abg. Strombeck) beanstandet die Verwendung der Ueberschüsse aus der Einkommensteuer zu Schulzwecken. Morgen wird von freisinniger Seite der Abg. Rickert für Aufhebung des Gesetzes von 1887 sprechen.

— Zu den Hochzeitsfeierlichkeiten in Sigmaringen ist der Kaiser, wie schon gestern kurz gemeldet, Montag Nachmittag dortselbst eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von dem Fürsten von Hohenzollern und dem Prinzen Thronfolger empfangen. Größerer Empfang fand auf Wunsch des Kaisers nicht statt. Vom Bahnhofe aus begab sich der Kaiser mit dem Fürsten im offenen Wagen zum Schlosse. Montag Mittag traf auch der König von Rumänien in Begleitung der Minister Catargi und Lahovary, sowie der Präsidenten des rumänischen Senats und der rumänischen Deputirtenkammer, Cantacuzene und General Nano, und mehrerer anderer rumänischer Vertreter ein. Montag Nachmittag machte der Kaiser mit der Herzogin von Edinburg und dem Brautpaar eine Fahrt zu Wagen um die Stadt.

Der Kaiser verlieh dem Prinzen Ferdinand den Schwarzen Adlerorden und zeigte dem Herzog von Edinburg an, daß er als Admiral à la suite der Marine geführt werden solle.

Als Vertreter des Sultans ist der türkische Botschafter in Berlin, Tewfik Pascha, in Sigmaringen eingetroffen, um der Hochzeitsfeier beizuwohnen.

Montag Abend fand zu Ehren der in Sigmaringen anwesenden Fürstlichkeiten ein großes Diner und hierauf ein Hof-Konzert statt, bei welchem ein Stuttgarter Quartett spielte und Vogl und Frau Weckerlin (München) Gesangspiecen vortrugen.

Die Trauung des Brautpaares fand Dienstag Nachmittag 4 Uhr in der katholischen Kirche zu Sigmaringen statt.

— Wie man in Abgeordnetenkreisen annimmt, wird die Militärkommission des Reichstags, die morgen Abend ihre erste Sitzung hält, zunächst in eine Durchberathung des von dem Kriegsminister vorgelegten Entwurfs des nach Annahme der Militärvorlage erforderlichen Nachtragsetats eintreten, um eine Uebersicht über die finanzielle Wirkung der einzelnen Theile der Vorlage und die Verwendung der geforderten 64 Millionen zu gewinnen.

Breslau, 10 Jan. Auf der Grube „Deutschland“ sind von 1700 Mann gestern früh angefahren 58, gestern Abend von 390 Mann 141, heute früh von 750 Mann 254. Die Ausständigen fordern Erhöhung des Lohnes und Abkürzung der Schichtdauer nach dem Vorbilde der fiskalischen oberschlesischen Gruben. Sonst ist alles ruhig, Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Essen, 10. Jan. Die Preise für sofort lieferbare Kohlen beginnen zu steigen. Aus der Ruhrorter Hafen-Niederlage wurden an eine Elberfelder Firma 100 Doppelwagen Kesselkohlen zu 12 M. und an eine Essener Firma 70 Doppelwagen Flammkohlen zu 14 M. verkauft.

Dortmund, 10. Jan. In der gestern hier stattgehabten Konferenz der Vertreter der höheren Regierungsbehörden mit den Vertretern des Oberbergamts und der Kreisbehörden sind für den Fall des Ausbruchs des Ausstandes die strengsten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutz der Nichtstreikenden beschlossen worden. Die Zechen schlugen heute überall Warnungen an, in welchen auf den Paragraph 3 der Arbeitsordnung, betreffend die sofortige Entlassung im Falle eines unentschuldigten dreitägigen Ausbleibens, und auf den Paragraph 6, betreffend die Heranziehung solcher Arbeiter zu Schadenersatz in der Maximalhöhe eines sechstägigen Lohnes hingewiesen wird.

Der Kölner Bergwerkverein droht den Miethern der Zechenhäuser eine sofortige Zwangsräumung an. — Die Polizeistunde in Gelsenkirchen ist auf 7 Uhr festgesetzt worden.

Bochum, 10. Jan. In dem hiesigen Revier sind bei der heutigen Nachmittagsschicht wiederum alle Bergarbeiter angefahren. Die Betheiligung des hiesigen Reviers an dem Ausstand erscheint trotz der gestern durch Flugblätter betriebenen Agitation ausgeschlossen.

Frankreich.

* **Paris,** 10. Januar. Ein eingehender Artikel des „Figaro" über den Reinach'schen Agenten Arton hebt hervor, daß Arton wiederholt auf Wunsch Floquets oder dessen damaligen Unterstaatssekretärs Bourgeois den der Regierung zugewiesenen Dispositionsfonds durch Panamagelder verstärkt habe. Er sei es auch gewesen, der seinerzeit dem General Boulanger die Dokumente über die Bestechung von Deputirten mit dem Bemerken angeboten habe, daß damit Boulangers politisches Glück gemacht wäre. Boulanger habe jedoch das Anerbieten abgelehnt. Vor etwaigen Verfolgungen von Seiten Freycinets habe Arton sich sicher geglaubt, da er den Kriegsminister zu denjenigen Personen gerechnet habe, die ihm verpflichtet seien. In Bezug auf Freycinet handle es sich, wie der „Figaro" bemerkt, gewiß nicht um Geld, doch sei es sehr möglich, daß Freycinet den parlamentarischen Einfluß Artons in Anspruch genommen habe, wie er ja auch am 1. Dezember 1887 am Vorabend des Kongresses seinen „lieben und ausgezeichneten Freund" Cornelius Herz gebeten habe, ihm für die Wahl des Präsidenten der Republik die Stimme Clémenceaus und dessen Gruppe zu sichern. „Er werde niemals", so habe Freycinet zu Herz gesagt, „die Unterstützung vergessen, die er ihm bei seinen Freunden angedeihen lassen werde." — Dieser Artikel des „Figaro" ist gleich jenem Artikel über Herz, welcher den bedeutungsvollen Brief Clémenceaus und Rouviers Demission herbeiführte, mit „Vidi" gezeichnet.

Die Diskussion über die Interpellation Choiseul in Betreff der Rückerstattung der Panamagelder Seitens der damit Bestochenen wird zum nächsten Donnerstag erwartet. Es heißt, Floquet werde bei dieser Gelegenheit seine Haltung neuerdings vertheidigen.

Paris, 10 Jan. Die Morgenblätter geben allesammt der Ansicht Ausdruck, daß der heutige Tag vollkommen ruhig verlaufen werde. Der „Gaulois" theilt ein Gerücht mit, dem zufolge gegen die Senatoren und Deputirten, deren gerichtliche Verfolgung verfügt ist, das Verfahren eingestellt werden würde, da es nicht möglich sei, auf dieselben den Artikel des Strafgesetzbuches anzuwenden, welcher sich nur auf Beamte, nicht aber auf Parlaments-Mitglieder beziehe. — Das „XIX. Siècle" enthält eine ähnliche Information, welche sich namentlich auf Thévenet und Rouvier bezieht. — Dem „Eclair" zufolge hat der Untersuchungsrichter ein Charles Lesseps gehöriges Notizbuch beschlagnahmt, in welchem neue, auf die Panama-Affaire bezügliche Namen enthalten sein sollen. Es seien daher weitere Verhaftungen zu erwarten, der Untersuchungsrichter Franqueville werde neuerdings die Genehmigung für die gerichtliche Verfolgung mehrerer Parlamentsmitglieder verlangen.

Paris, 10. Jan. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Demission des Ministeriums durch die heutigen Angriffe des „Figaro" und des „Gaulois" gegen Freycinet veranlaßt worden ist. Eine den Zeitungen zugestellte Mittheilung von unterrichteter Seite besagt allerdings, der heutige Ministerrath habe im Hinblick auf den Ernst der inneren Situation einstimmig als unabweislich erachtet, daß das Präsidium im Kabinet dem Minister des Innern zugetheilt werde. Das einzige Mittel, dies zu erreichen, sei in der Gesammtdemission erblickt worden. Nachdem dieser Beschluß im Prinzipe gefaßt worden, habe Loubet erklärt, daß er aus persönlichen, insbesondere Gesundheitsrücksichten kein Portefeuille in dem neuen Kabinet annehmen werde. Freycinet habe erklärt, er ziehe in Anbetracht des gegen ihn geführten Preßfeldzuges vor, ins neue Kabinet nicht einzutreten. Auch der Marineminister Burdeau soll denselben Entschluß gefaßt haben.

Paris, 10. Jan. Als Minister des Auswärtigen wird Develle, als Minister des Krieges Cavaignac genannt; der Eintritt Burdeaus in das neue Kabinet gilt als ausgeschlossen.

Paris, 10. Jan. Gegen drei Uhr Nachmittags versuchten Gruppen von Neugierigen auf der Place de la Concorde Aufstellung zu nehmen, die Polizei zerstreute dieselben jedoch ohne Zwischenfall. Einige Personen, die sich weigerten weiterzugehen, wurden verhaftet.

In der Deputirtenkammer hielt der Alterspräsident Pierre Blanc die übliche Rede, in der er darauf hinwies, daß die Republik nicht durch die Fehler einiger Personen in ihrer Existenz bedroht sei. Er verlange von der Kammer, daß sie die Agitationen beende und daß sie ihre Anstrengungen verdoppele, um ihre Aufgabe zu Ende zu führen.

Im Senat griff der Alterspräsident Théry in seiner Rede heftig die Politik an, welche die Regierung auf religiösem Gebiete trotz den Verwahrungen seitens des Senates verfolge. Sodann wurde das Bureau gewählt.

Paris, 10. Jan. [Deputirtenkammer.] Der erste Wahlgang zur Wahl eines Präsidenten ergab weder in der Kammer noch im Senate ein Resultat. In der Kammer waren nur 212 Deputirte anwesend. Es wurde sodann ein dritter Wahlgang vorgenommen. Bei demselben zog Floquet seine Präsidentschaftskandidatur zurück. Die Anwesenheit mehrerer Deputirten wurde mit feindlichen Kundgebungen aufgenommen. Zwischen Rouvier und Bernis (Rechte) kam es zu einem heftigen Wortwechsel Le Hérissé und Périer de Larsau schickten in Folge eines Zwischenfalls einander ihr Zeugen.

Paris, 10. Jan. [Deputirtenkammer.] Casimir Périer wurde mit 254 von 408 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Paris, 10. Jan. Die Umgebung des Palais Bourbon war um 2 Uhr Nachmittags vollkommen ruhig, nirgends zeigten sich Manifestanten. Bei dem heutigen Termin in der Panama-Angelegenheit beschloß der Gerichtshof trotz der Abwesenheit von Ferdinand Lesseps in die Verhandlung einzutreten. Charles Lesseps erklärte im Verhör, sein Vater sei trotz seines Abrathens an das Unternehmen der Durchstechung des Isthmus von Panama gegangen, und gab im weiteren Verlauf ausführliche Details über die Organisation des Unternehmens. Der Vorsitzende warf Lesseps vor, das Publikum in einen Irrthum versetzt zu haben, indem er veröffentlicht habe, Hersent und Couvreux würden die Durchstechung für 512 Millionen Franks in Akkord nehmen. Charles Lesseps setzte dagegen auseinander, es habe sich nicht um einen Akkord im wahren Sinne des Wortes gehandelt, man habe vielmehr über den Preis pro Meter als über die Zahl der Kubikmeter, welche bei dem Werke zu bewegen sein würden, unterhandelt. Im weiteren Verlaufe seines Verhörs vor dem Gerichtshofe gab Charles Lesseps Einzelheiten bezüglich der Antheile der Gründer und führte aus, sein Vater habe die seinigen verkauft, um Geld flüssig zu haben zur Theilnahme an allen Emissionen; er habe mehr Geld in das Unternehmen hineingesteckt als er jemals daraus gezogen habe. Er (Charles Lesseps) habe seinem Vater seine eigenen Antheile für 200 000 Frcs. verkauft. Hierauf führte Lesseps des Weiteren aus, eine Summe von 12 Millionen sei an das amerikanische Komitee zur Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft vertheilt worden; die Mitwirkung dieses Komitees rechtfertige zur Genüge die Vertheilung dieser Summe.

Polnisches.

Posen, 11. Januar.

d. **Zu der Verfügung des königl. Kreis-Schulinspektors für die Stadt Posen** in Betr. des polnischen Privat-Sprachunterrichts äußert sich der „Dziennik Pozn." folgendermaßen: Durch diese Verfügung wird die geringe Konzession, welche uns Polen durch das Ministerialreskript vom 11. April 1891 gemacht worden ist, welche jedoch mit ihrer ganzen Schwere uns belastet, da wir statt des Staates den polnischen Sprachunterricht bezahlen müssen, illusorisch; die neue Aera offenbart sich wunderbarer Weise! Der polnische Privat-Sprachunterricht ist eine Last und schließlich sehen wir aus der Verfügung des Kreis-Schulinspektors, daß man bestrebt ist, ihn fast auf Null zu reduziren." — Der „Kuryer Pozn.", welcher, wie gestern bereits mitgetheilt, die Verfügung einen „Ukas" nennt, meint: Die Bestimmung der Verfügung in Betreff der deutschen Kinder, welche polnisch lernen, beweise eine große politisch-wirthschaftliche Kurzsichtigkeit, weil den deutschen Gewerbtreibenden und Kaufleuten dadurch, daß sie die polnische Sprache nicht erlernen, Abnehmer und Käufer unter den Polen, namentlich unter der ländlichen Bevölkerung, entzogen werden. Die Deutschen beklagten sich darüber, daß das deutsche Gewerbe sich in Posen und in den Provinzen mit polnischer Bevölkerung nicht entwickele; es sei aber nicht Schuld der Polen, wenn die Provinzial-Behörden durch ihre antipolnischen Verfügungen die Entwickelung des deutschen Gewerbes auf jedem Schritte hemmen. — Der „Gon. Wielk." meint: Die Verfügung des königl. Kreisschulinspektors werde wie ein Strahl kalten Wassers wirken und die Nerven derjenigen Polen erfrischen, welche die „neue Strömung" fühlten; sie werde denjenigen die Augen öffnen, welche den „neuen Horizont" sahen. Man müsse diesen neuen Hieb, der sie getroffen, bedauern, aber diese Herren seien selbst daran schuld; sie hätten stolze Prüfungen veranstaltet und aus denselben eine große Demonstration gemacht; es seien dabei Deklamationen und Gesänge veranstaltet und lange riesige Artikel geschrieben worden; es heiße aber auch in diesem Falle: Arbeite viel und sprich wenig!

Telegraphische Nachrichten.

Bonn, 10. Jan. In vergangener Nacht stießen zwei Güterzüge zusammen Der Schaden an Material ist bedeutend. Personen wurden nicht verletzt.

Hamburg, 10. Jan. Die beiden gestern von dem spanischen Dampfer „Murciano" zur Beobachtung in das Krankenhaus gebrachten Personen haben sich als cholerakrank erwiesen. Der Dampfer war hier am 5. d. M. aus New-Orleans eingetroffen, die Erkrankungen wurden vom Hafenmeister schon bei der Ankunft des Dampfers konstatirt. Gegenwärtig liegt das Schiff im Elbdock zur Reinigung und Desinfizirung.

Hamburg, 10. Jan. Einer der beiden Matrosen von dem spanischen Schiff „Murciano", welche, wie bereits gemeldet, an der Cholera erkrankt waren, ist heute Vormittag gestorben. Bei einem Insassen des Untersuchungsgefängnisses, der sich am 2. d. M. auf kurze Zeit auf freiem Fuß befunden hatte, wurde heute Cholera konstatirt. Bei den auf dem Dampfer „Zuria" Erkrankten, welche isolirt wurden, ist Cholera nicht konstatirt worden.

Bremen, 10 Jan. Der „Weser-Ztg." zufolge machen die Weser-Korrektionsarbeiten so günstige Fortschritte, daß die Bauverwaltung die Vertiefung des Freihafens um einen Meter mit einem Kostenaufwand von 276 00 Mark beantragt hat.

München, 10. Jan. Der Prinzregent hat das vom Hoftheater-Intendanten v. Perfall eingereichte Abschiedsgesuch in einem sehr huldvollen Handschreiben abgelehnt, demselben aber gestattet, sich für ein halbes Jahr von der Leitung der Intendanturgeschäfte zurückzuziehen. Für diese Zeit ist die Führung der Geschäfte dem Professor Possart übertragen.

Wien, 10. Jan. In der gestrigen Konferenz betreffend die Valutaoperationen wurden keine Abmachungen getroffen. Es handelte sich nur um eine allgemeine Vorbesprechung. Heute findet bei dem Sektionschef Baron Niebauer eine Konferenz unter Theilnahme der Direktoren Mauthner und Taussig statt.

Wien, 10. Jan, In der heute Mittag bei dem Sektionschef Baron Niebauer abgehaltenen Konferenz in der Angelegenheit der Valutaregulirung wurden die Einzelbestimmungen des Uebereinkommens mit dem Bankensyndikat erörtert. Um 5 Uhr Nachmittags findet eine zweite Konferenz statt, von deren Ergebniß es abhängt, wann die Konferenzen unter dem Vorsitze des Finanzministers Dr. Steinbach wieder aufgenommen werden.

Petersburg, 9. Jan. Den russischen Eisenbahnen war bisher verboten, Materialbestellungen im Auslande zu machen, was die russischen Industriellen ausnutzten, um durch Bildung von Syndikaten die Preise möglichst in die Höhe zu treiben. Um dem entgegenzuwirken, hat der neue Verkehrs- und Wegebauminister Kriwoschein beim Reichsrathe eine Verordnung eingebracht, welche das gedachte Verbot aufhebt und den Krons- und Privateisenbahnen gestattet, ihre Bestellungen im Auslande zu machen, wenn sie dadurch einen geringeren Preis erzielen können.

Gutem Vernehmen nach wird der bisherige Generalgouverneur von Wilna, Kowno und Grodno, General der Artillerie Iwan Kochanow, zum Mitglied des Reichsrathes ernannt.

Wirkl. Geheimrath Abasa, Präsident des Departements der Reichsökonomie des Reichsrathes, tritt zum 1. Januar von seinem Posten, als sein Nachfolger wird der frühere Reichskontrolleur, Wirkl. Geheimrath Ssolsky, augenblicklich Präsident des Kodifikationsdepartements des Reichsrathes, genannt.

Kopenhagen, 10. Jan. Das Leuchtschiff von Drögors ist heute Nachmittag des Eises wegen eingezogen worden. Die Dampfschifffahrt ist im Sund sehr beschwerlich.

Bern, 10. Jan. Der Bundesrath beauftragte das Departement des Auswärtigen, den Regierungen von Schweden und Norwegen mitzutheilen, daß die Schweiz geneigt sei, in Unterhandlungen über den Abschluß eines Niederlassungs- und Handelsvertrages einzutreten. Die Verhandlungen wären in Bern zu führen.

Zürich, 10. Jan. Der Professor der Theologie G. Volkmar ist heute gestorben.

London, 9. Jan. Nach einer weiteren Meldung des Reuterschen Bureaus aus Buenos-Ayres von heute, hätte die Bundes-Regierung beschlossen, zwischen der Provinzialregierung und den Aufständischen von Korrientes zu vermitteln, um Blutvergießen zu verhindern.

Belgrad, 10. Jan. In den Städten Semendria und Schabatz ist es zu Schlägereien zwischen den Radikalen und der neuen Gemeinde-Verwaltung gekommen. Die Polizei schritt ein, wobei zwei Polizisten ermordet wurden. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Washington, 9. Jan. Das Komitee der Repräsentantenkammer für internationalen Handel erstattete über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung einer nationalen Quarantäne seinen Bericht, derselbe lautet einem solchen Gesetz günstig. Allgemein wird angenommen, daß das Schatzamt sich in der nächsten Zeit mit dieser Frage beschäftigen und daß die zwanzigtägige Quarantäne bei gleichzeitiger ärztlicher Beobachtung, sowie eine siebentägige Beobachtung im Einschiffungshafen gesetzlich eingeführt werden wird. Präsident Harrison soll ein Gegner der Wiedereinführung der zwanzigtägigen Quarantäne sein.

Washington, 9. Jan. In dem Befinden Blaines ist heute eine erhebliche Besserung eingetreten.

Newyork, 10. Jan. Zwei Passagiere des Dampfers „Normannia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft haben gegen Letztere eine Klage wegen einer Entschädigung von je 10 000 Dollars angestrengt, weil sie während der Cholera-Epidemie auf der Feuerinsel in Quarantäne zurückbehalten worden seien. Sie behaupten, daß ihnen bei ihrer Einschiffung versichert worden sei, das Schiff würde Zwischendeck-Reisende nicht befördern.

Sigmaringen, 11. Jan. Beim gestrigen Galadiner brachte der Fürst von Hohenzollern den ersten Toast aus, in dem er dem Kaiser, der als oberster Chef des Hauses dem Vermählungsfeste durch sein Erscheinen die höchste Weihe verliehen habe, dankte, ebenso den Vertretern der Königin von England, denen des Kaisers von Rußland und allen übrigen Repräsentanten; hierauf brachte er ein Hoch auf den Kaiser und die übrigen fürstlichen Vertreter aus. König Karl betonte in warmen Worten, wie das Volk Rumäniens diesen Tag freudigst feiere und die Grüße desselben von der Donaumündung bis nach Sigmaringen drängen. Als Ausdruck seines Herzens und der Gefühle seines Volkes lasse er das Brautpaar hochleben. Der Herzog von Edinburg brachte hierauf ein Hoch auf das Wohl der Eltern des Bräutigams aus.

Riga, 11. Jan. Es sind Verordnungen erlassen, daß sämmtliche Erziehungs- und Lehranstalten, welche Zöglinge im Alter von über acht Jahren aufnehmen, in Baltischen Provinzen dem Ministerium für Volksaufklärung zu unterstellen seien, beziehungsweise daß die russische Unterrichtssprache in ihnen einzuführen sei, soweit solches nicht bereits geschehen ist.

Paris, 11. Jan. Lesseps erklärte auf die Frage nach der Verwendung von 600 000 Francs in Anweisungen auf Inhaber, daß, als die Vorlage, betreffend die Panamaloose bei der Kammer eingebracht worden sei, Baihaut von ihm eine Million in Theilzahlungen von der Einbringung bis zur Annahme der Vorlage verlangt habe. Bei der Einbringung wurden Baihaut 375 000 Fr. ausgezahlt, als die Vorlage abgelehnt wurde, sei der Rest nicht ausgezahlt worden. Lesseps fügte hinzu: Ich gab die Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im Walde Räubern die Uhr ausliefert. Lesseps versicherte, daß der Verwaltungsrath alle Geldvertheilungen kannte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
10. Nachm. 2	744,4	WNW stark	bedeckt	— 2,9
10. Abends 9	746,8	N stark	bedeckt [1]	— 3,9
11. Morgs. 7	749,8	N stark	bedeckt [2]	— 4,5

[1]) Mittags bis Abends Schnee. [2]) Nachts Schnee.

Am 10. Jan. Wärme-Maximum — 2,3° Cels.
Am 10. „ Wärme-Minimum — 8,0° „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 10. Jan. (Schlußkurse.) Sehr Fest.

Neue 3proz. Reichsanleihe 86 10, 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,95, Konsol. Türken 20,75, Türk. Loose 88,50, 4proz. ung. Goldrente 96,25, Bresl. Diskontobank 96,25, Breslauer Wechslerbank 96,50, Kreditaktien 171,50, Schles. Bankverein 111,00. Donnersmarckhütte 81,60, Flöther Maschinenbau —,—. Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 108,75, Oberschles. Eisenbahn 48,25, Oberschles. Portland-Zement 66,50, Schles. Cement 117,00. Oppeln. Zement 86 00, Schl. D. Zement —,—, Kramsta 126,25 Schles. Zinkaktien 172,75, Laurahütte 94,50, Verein. Oelfabr. 88 00, Oesterreich. Banknoten 168,90, Russ. Banknoten 205 10, Giesel Cement 68,00.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen fest, Roggen unv., loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 120. — Gerste unv. Hafer unv., loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 125. — Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 49½, per Jan. 50¼, per Febr. 49½. — Wetter: Frost

Danzig, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko ruhiger. Umsatz — Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig 146, do. hellbunt 147,00, do. hochbunt und glasig 148,00, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 147, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 130,00, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pfd. —,—. Roggen loko unv., inländischer per 120 Pfd. 120, do. polnischer oder russischer Tansit 101, Regulirungspreis zum freien Verkehr 120, do. Januar Transit 120 Pfd. —,—, do. pr. April-Mai, Transit 104. Gerste große loko 117,00. Gerste kleine loko 108. Hafer loko —,—. Erbsen loko —. Spiritus p. 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 49,00, nicht kontingentirt 29,00. — Wetter: Schnee.

Köln, 10. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 15,75, do. fremder loko 17,25, per März 16,55, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,50, fremder loko 15,75, per März 14,45, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 54.00 per Mai 52,00, per Okt. —,—. — Wetter: Schneeluft.

Bremen, 10. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,45 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 51½ Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Jan. 51 Pf., p. Febr. 51¼ Pf., p. März 51½ Pf., p. April 51¾ Pf., per Mai 52 Pf., Juni 52¼ Pf.,

Schmalz. Höher. Shafer — Pf. Wilcox — Pf., Choice Grocery 52½ Pf., Armour 52½ Pf. Armour — Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 45 Pf.

Speck. Höher. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar-Februar-Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46.

Wolle 274 Ballen Umsatz.

Tabak. 310 Fässer Kentucky, 24 Fässer Scrubs.

Bremen, 10. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins

5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 165 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 96 3/8 bez.

Hamburg, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 152—154. — Roggen loko ruhig mecklenb. loko neuer 132—136, russ. loko ruhig, transito 110—112 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverz.) beh., loko 51. — Spiritus loko schwach, p. Jan. 22 1/4 Br., Jan.-Februar 22 1/4 Br., pr. April-Mai 22 1/4 Br., per Mai-Juni 22 1/2 Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loko 5,20 Br., per Febr.-März 5,20 Br. — Wetter: Leichter Frost.

Hamburg, 10. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos per Jan. 80 1/4, per März 78 1/2, per Mai 76 3/4, Sept. 76 3/4. Ruhig.

Hamburg, 10. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,15, März 14,30, per Mai 14,42 1/2, Sept. 14,33. Behauptet.

Pest, 10. Jan. Produktenmarkt. Weizen beh., per Frühjahr 7,39 Gd., 7,40 Br., per Herbst 7,50 Gd., 7,52 Br. Hafer per Frühjahr 5,44 Gd., 5,46 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,68 Gd., 4,70 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,45 Gd., 11,55 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 10. Jan. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen fest, p. Januar 21,20, p. Februar 21,40, p. März-April 21,70, p. März-Juni 22,00. — Roggen beh., per Januar 13,60, p. März-Juni 14,20. — Mehl fest, per Januar 48,30, per Febr. 48,20, per März-April 48,40, p. März-Juni 48,50. — Rüböl beh., p. Jan. 56,75, p. Febr. 57,00, p. März-April 57,50, p. März-Juni 57,75. — Spiritus beh., per Jan. 45,75, per Febr. 46,00, per März-April 46,00, p. Mai-August 46,50. — Wetter: Milde.

Paris, 10. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,50 à 38,75. Weißer Zucker matt, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Jan. 40,37 1/2, per Febr. 40,75, p. März-Juni 41,37 1/2, p. Mai-Aug. 41,87 1/2.

Havre, 10. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse.

Rio 29 000 Sack, Santos 20 000 Sack Rezettes für zwei Tage.

Havre, 10. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Jan. 100,50, p. März 99,00, per Mai 96,00. Ruhig.

Amsterdam, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen per März 175, per Mai 176. Roggen p. März 129, p. Mai 124.

Amsterdam, 10. Jan. Bancazinn 55.

Antwerpen, 10. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12 7/8 bez. u. Br., per Jan. 12 3/4 Br., per Febr.-März 13 1/8 Br., p. Sept.-Dez. 13 1/4 Br. Fest.

Antwerpen, 10. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4,52 1/2 Käufer, Juli 4,62 1/2 Käufer.

Antwerpen, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen unbelebt, Roggen unverändert. Hafer befestigt. Gerste schwach.

London, 10. Jan. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 10. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16 3/8 stetig, Rüben-Rohzucker loko 14 1/8 thätiger.

London, 10. Jan. Chili-Kupfer 46 1/8, per 3 Monat 46 9/16.

Hull, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen schwächer.

Glasgow, 10. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. 11 1/2 d.

Liverpool, 10. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/2 d. niedriger, Mehl ruhig, Mais 1/2 d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool, 10. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner träge, 1/16 niedriger, Surats stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 18/64, März-April 5 15/64, Mai-Juni 5 9/32, Juli-Aug. 5 11/32 d. Alles Käuferpreise.

Liverpool, 10. Jan., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 5 15/64 Käuferpreis, Febr.-März 5 15/64 do., März-April 5 17/64 do., April-Mai 5 19/64 Werth, Mai-Juni 5 5/16 Käuferpreis, Juni-Juli 5 11/32 do., Juli-August 5 3/8 Werth, August-September 5 23/64 d. Käuferpreis.

Newyork, 9. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 15/16, do. in New-Orleans 9 5/8. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,40, do. Standard white in Philadelphia 5,35 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. Februar —. Stetig. Schmalz loko 11,15, do. Rohe u. Brothers 11,45. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. Jan. 50 1/2, p. Febr. 50 3/4, p. Mai 52 1/8. Rother Winterweizen loko 80. Kaffee Rio Nr. 7, 16 3/4. Mehl (Spring clears) 2,95. Getreidefracht 1 1/2. — Kupfer 12,25—12,50. Rother Weizen pr. Jan. 77 7/8, per Febr. —, per Mai 82 1/4, per Juli 83 1/2. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 15,75, p. April 15,50.

Newyork, 9. Jan. Visible Supply an Weizen 81 788 000 Bushels, do. an Mais 11 840 000 Bushels.

Newyork, 10. Jan. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 66 000, do. nach Frankreich 25 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 57 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 52 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Chicago, 9. Jan. Weizen per Januar 72 5/8, per Mai 78 1/2, Mais per Januar 41 1/4. Speck short clear nom. Pork per Januar 18,65.

Newyork, 10. Jan. Weizen pr. Jan. 78 3/8 C., pr Februar fehlt.

Berlin, 11. Jan. Wetter: Leichter Schneefall.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 10. Jan. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil etwas abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere Anregung nicht dar. Im Verlauf des Verkehrs trat aber bald ganz allgemein eine Befestigung der Stimmung hervor, die in Deckungs- und Meinungskäufen zu stark anziehenden Kursen Ausdruck gewann; namentlich wirkte ein Petersburger Telegramm des „W. T. B.“ anregend. In der zweiten Hälfte der Börsenzeit trat vorübergehend eine kleine Abschwächung hervor, doch blieb der Börsenschluß wieder fest. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel; deutsche Reichs- und preußische konsol. Anleihen gut behauptet. Fremde, festen Zins tragende Papiere zeigten gleichfalls festere Haltung bei zum Theil regeren Umsätzen; besonders waren russische Anleihen und Noten, sowie Italiener anziehend und belebt. Der Privatdiskont wurde mit 1 7/8 Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien nach schwacher Eröffnung in fester Haltung mäßig lebhaft um; Lombarden und andere österreich. Bahnen, schweizerische und Gotthardbahn fester, aber ruhig. Inländische Eisenbahnaktien fest und ruhig; Ostpr. Südbahn und Marienburg-Mlawka im Laufe des Verkehrs anziehend und lebhafter. Bankaktien fest; die spekulativen Devisen fester und lebhafter, namentlich Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile und Aktien der Deutschen, Darmstädter und Dresdener Bank steigend. Industriepapiere fester und zum Theil lebhafter; Montanwerthe durchschnittlich steigend und belebt.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Jan. In den Vereinigten Staaten hat die sichtbare Handelsversorgung in der abgelaufenen Woche wieder um 1/2 Million Bushels Weizen zugenommen und am Newyorker Markt war gestern Weizen schwach. An der hiesigen Getreidebörse war das Geschäft in Weizen heute sehr klein; die Preise büßten 1/2 M. ein. In Roggen war das Geschäft etwas besser. Die Haltung des Marktes war anfänglich ebenfalls schwach. Da aber das Angebot von Waare unzureichend war und stärkere Deckungsordres am Markt waren, konnten die Preise den gestrigen Schlußwerth zeitweise überschreiten. Hafer konnte sich bei stillem Geschäft fest behaupten. Mais fest. Roggenmehl still, aber in fester Haltung. Rüböl geschäftslos und unverändert. Spiritus war schwach; die Preise für Loko wie auf Termine notirten 20 bis 30 Pf. niedriger.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen per 1000 Kilogr. Loko still. Termine wenig verändert. Gekündigt — To. Kündigungspreis — Mk. Loko 142—158 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., per diesen Monat —, p. März-April —, per April-Mai 156,5—157—156,75 bez., per Mai-Juni 158—158,25 bez., per Juni-Juli —.

Roggen per 1000 Kilogramm Loko schwaches Angebot. Termine behauptet. Gekündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 136 M. Loko 126—136 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 133,5 M. inländischer guter 133,5—134 M., per diesen Monat 135,75—136,25—136 bez., per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-Mai 138—138,75—138,25 bez., per Mai-Juni 138,75 bis 139,25—139 bez., per Juni-Juli 139,75—140—139,75 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Ziemlich fest. Große und kleine 138—170, Futtergerste 115—138 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine fest. Gekündigt 50 Tonnen Kündigungspreis 141 M. Loko 135 bis 158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Pomm. mittel bis guter 136—142 bez., feiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 136—142, feiner 143—147 bez., schlesischer mittel bis guter 137—143 bez., feiner 144—149 bez., per diesen Monat 141,5 M., per Januar-Februar —, per April-Mai 140 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 121—132 M. nach Qual., per diesen Monat 120 M., per April-Mai u. p. Mai-Juni 111,75 bez., per Juni-Juli 112 bez.

Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 132—158 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fester. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 17,85 bez., per Febr.-März —, per April-Mai 18,1—18,15—18,1 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Still. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, ohne Faß —, per diesen Monat 50,6 M., per April-Mai 50,6 M., per Mai-Juni 50,7 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 18,60 Gd. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 9,90 Gd.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18,60 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 52—51,9 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungungspreis —. Loco ohne Faß 32,4—32,3 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matt. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 31,5—31,3 bez., per Jan.-Febr. 31,5—31,3 bez., per März-April —, per April-Mai 32,8—32,7—32,9—32,6—32,7 bez. per Mai-Juni 33,2—33 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September 34,7—34,6 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22—20 bez., Nr. 0 19,75—17,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,00—17,00 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,75—18,00 bez., Nr. 0 1,75 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kilogr. br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. — 4 1/4 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto / Wechsel v. 10. Jan.

Platz	Bank-Diskonto	Sicht	Kurs
Amsterdam	2 1/2	8 T.	168,70 bz
London	3	8 T.	20,35 bz
Paris	2 1/2	8 T.	81,05 bz G.
Wien	4	8 T.	168,75 bz
Petersburg	4 1/2	3 W.	204,75 bz
Warschau	4 1/2	8 T.	204,90 bz

In Berl. 4. Lomb. 4 1/2 u. 5. Privatd. 1 5/8 G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sorte	Kurs
Sovereigns	
20 Francs-Stück	
Gold-Dollars	4,185 bz G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	
Franz. Not. 100 Frcs.	81,20 bz
Oestr. Noten 100 fl.	168,80 bz
Russ. Noten 100 R.	205,10 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Papier	Zf.	Kurs
Dtsche. R.-Anl.	4	107,10 B.
do. do.	3 1/2	100,00 G.
do. do.	3	86,10 B.
Prss. cons. Anl.	4	107,10 bz
do. do.	3 1/2	100,50 G.
do. do.	3	86,10 G.
do. Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,60 B.
Sts.-Schld-Sch.	3 1/2	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl.	3 1/2	98,00 bz
do. do. neue	3 1/2	
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	95,75 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	113,40 bz
do.	4 1/2	108,90 bz G.
do.	4	104,60 bz
do.	3 1/2	98,00 bz
Ctrl. Ldsch	4	102,50 G.
do. do.	3 1/2	97,75 bz G.
Kur. u. Neumrk. neue	3 1/2	99,50 G.
do.	4	103,90 G.
Ostpreuss	3 1/2	96,50 B.
Pommer.	3 1/2	97,70 bz
do	4	
Posensch.	4	101,90 G.
do.	3 1/2	96,75 bz G.
Schls. altl.	3 1/2	97,80 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3 1/2	97,80 G.
do.	4	
do. neudo.	3 1/2	97,80 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3 1/2	96,65 bz G.
do. neul. II.	3 1/2	96,75 bz G.
Pommer.	4	103,00 B.
Posensch.	4	102,80 bz
Preuss.	4	102,80 bz
Schles.	4	102,80 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,40 G.
Bayer. Anleihe	4	107,00 B.
Brem. A. 1892	3 1/2	
Hmb. Sts. Rent.	3 1/2	97,60 G.
do. do. 1886	3	85,20 bz
do. amort. Anl.	3 1/2	97,70 bz
Sächs. Sts. Anl.	3 1/2	
do. Staats-Rnt.	3	88,00 bz G.
Prss. Prām-Ar	3 1/2	
H. Pr.-Sch. 40 T	—	407,00 G.
Bad. Prām.-An.	4	140,50 bz G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,60 bz
Brnsch. 20 T. L.	—	104,80 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	132,70 bz
Dess. Prām.-A.	3 1/2	
Ham. 50 T.-L.	3	137,25 G.
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	130,50 G.
Mein. 7 Guld-L.	—	28,60 B.
Oldenb. Loose	3	126,90 bz

Ausländische Fonds.

Papier	Zf.	Kurs
Argentin. Anl.	5	43,70 bz
do. do.	5	45,00 bz
Bukar. Stadt-A.	5	96,70 bz G.
Buen. Air. G.-A.	5	36,20 bz
Chines. Anl.	5 1/2	105,50 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3 1/2	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	97,75 bz
Finnländ. L.	—	58,50 bz
Griech. Gold-A	5	62,00 bz G.
do. cons. Gold	4	47,00 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	54,60 G.
Italien. Rente	5	91,30 bz
Kopenh. St.-A.	3 1/2	92,00 G.
Lissab. St. A. I. II	4	51,60 G.
Mexikan. Anl.	6	79,00 B.
Mosk. Stadt-A.	5	64,00 bz G.
Norw. Hyp-Obl	3 1/2	
do. Conv. A. 88.	3	86,90 bz
Oest. G.-Rent.	4	98,25 G.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	5	85,00 G.
do. Silb.-Rent.	4 1/5	82,40 G.
do. 250 Fl. 54.	4	127,10 G.
do. Kr 100 (58)	—	332,00 B.
do. 1860er L.	5	128,40 bz
do. 1864er L.	—	328,75 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	65,40 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	63,30 G.
Portugies. Anl. 1888—89	4 1/2	32,00 bz
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,90 bz
Röm. Stadt-A.	4	86,60 G.
do. II. III. VI.	4	83,75 bz G.
Rum. Staats-A.	4	
do. do. Rente	4	
do. do. fund.	5	102,80 G.
do. do. amort.	5	97,30 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	82,30 bz
do. 1880	4	95,40 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4 1/2	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,40 bz G.
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	65,00 bz G.
III. Orient 1879	5	65,50 G.
Nikolai-Obl	4	
Pol. Schatz-O.	4	93,30 G.
Pr.-Anl. 1864.	5	155,00 bz
do. 1866.	5	143,00 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	105,00 G.
do. neue	4 1/2	99,50 bz G.
Schwedische	3 1/2	94,50 B.
Schw. 1890	3 1/2	94,90 G.
do. d. 1888	3	86,50 bz G.
Schw Hyp.-Pf.	4 1/2	102,40 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	83,90 B.
do. Rente	5	77,00 bz G.
do. neue 85	5	76,50 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4 1/2	102,75 B.
do. St.-Anl. 80	4	101,00 bz G.
Span. Schuld.	4	
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	21,05 bz B.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	88,00 bz
do. EgTrib-Anl.	4 1/4	
Ung. Gld-Rent.	4	96,30 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	103,00 G.
do. do. do.	4 1/2	101,25 G.
do. Papier-Rnt.	5	85,20 bz G.
do. Loose	—	260,00 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,00 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Papier	Div.	Kurs
Aachen-Mastr.	—	62,60 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	4	82,00 bz G.
Crefld-Uerdng	0	61,10 bz
Dortm.-Ensch.	—	103,00 G.
Eutin. Lübeck	—	
Frnkf.-Güterb.		65,60 bz
Ludwsh.-Bexb.	9 4/5	222,50 bz
Lübeck-Büch.	—	142,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	114,20 bz
Marnb.-Mlawk.	—	62,00 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 bz
Ostpr. Südb.	—	73,00 bz
Saalbahn	—	25,30 bz G.
Stargrd-Posen	4 1/2	102,50 B.
Weimar-Gera	—	17,10 bz G.
Werrabahn	—	69,75 bz
Albrechtsbahn	1	39,90 bz G.
Aussig-Teplitz	—	417,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7 1/2	
Brünn. Lokalb.	—	79,90 bz
Buschtherader	—	197,25 bz
Canada Pacifb.	5	85,60 bz G.
Dux-Bodenb	—	220,25 bz
Galiz. Karl-L.	—	
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od.	4	79,00 bz G.
Kronpr. Rud.	4 3/4	84,80 bz
Lemberg-Cz.	6 1/2	105,70 B.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	83,70 bz
do. Nordw.	4 3/4	
do. Lit. B. Elb.	—	100,70 bz
Raab-Oedenb.	—	24,90 bz
Reichenb.-P.	3,81	82,00 bz
Südöstr. (Lb.)	—	43,50 bz
Tamin-Land	0	2,00 bz
Ungar.-Galiz.	5	85,50 bz G.
Balt. Eisenb	3	
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	12,50	183,25 G.
Mosco-Brest	3	
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	73,50 bz
Wrsch.-Teres.	5	
Wrsch.-Wien.	—	
Weichselbahn	—	
Amst.-Rotterd.	—	105,40 G.
Gotthardbahn	—	156,75 bz
Ital. Mittelm.	5	100,40 bz G.
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	123,50 G.
Lüttich-Lmb.	—	25,00 bz G.
Lux. Pr. Henri	—	68,25 bz G.
Schweiz. Centr	—	118,30 bz
do. Nordost	—	107,75 bz
do. Unionb.	—	72,10 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		62,50 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Papier	Div.	Kurs
Altdm. Colberg	4 1/2	112,25 bz
Bresl.-Warsch.	—	53,90 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	103,60 B.
Dux-BodnbAB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4	
Szatmar-Nag.	—	89,50 B.
Dortm.-Gron.	—	113,25 G.
Marienb Mlawk	—	107,60 G.
Mecklb. Südb.	—	20,00 bz G.
Ostpr. Südb.	—	107,10 bz
Saalbahn	—	90,50 bz B.
Weimar-Gera	—	83,50 bz G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Papier	Zf.	Kurs
Berg-Märkisch	3 1/2	99,10 bz
Berl. Potsd.-M.	4	102,00 G.
BrslSchwFrbH		
Bresl-Warsch.	5	102,90 G.
MzLudwh 68/9	4	102,70 G.
do. 90	3 1/2	98,50 bz
Oberschl. LitB	3 1/2	99,00 G.
do. Lit. E.	3 1/2	99,50 G.
do. Em. v. 1879		
do. NiedrsZwg	3 1/2	98,60 G.
do. (StargPos)	4	101,60 G.
OstprSüdb. I-IV	4 1/2	103,00 G.
RechteOderuf.		
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4 1/2	103,50 B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	109,10 B. G.
do.	4	100,10 G.
Franz.-Josefb.	4	
GalKLudwgb g	4 1/2	
do. do. 1890	4	81,50 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,60 bz G.
KronpRudolfb.	4	82,30 G.
do. Salzkammg	4	101,00 B.
LmbCzern. stfr	4	81,50 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	81,80 G.
do. Staats-I. II.	3	108,10 bz G.
do. Gold-Prio.	4	101,10 B.
do. Lokalbahn	4 1/2	85,50 G.
do. Nordwestb.	5	91,80 bz G.
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	91,20 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	68,60 G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rchb Gold-Prior.	5	
Südöst- B. (Lb.)	3	63,20 bz B.
do. Obligation.	5	104,60 B.
do. Gold-Prior.	4	97,00 B.
Baltische gar.	5	96,50 B.
Brest-Grajewoar	5	
Gr. Russ. Eis. gg.	3	
Ivang.-Dombr.	4 1/2	99,80 G.
Kozlow-Wor. g.	4	91,00 B.
do. 1889	4	91,10 bz B.
do. Chark. As. (O)	4	91,00 bz
do. (Oblig.) 1889	4	91,00 G.
Kursk-Kiew conv	4	91,50 bz B.
Losowo-Sebast.	5	95,70 bz
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	92,50 G.
do. Smolensk g.	5	101,00 G.
Orel-Griasy conv	4	90,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	91,40 bz B.
Rjaschk-Morcz. g	5	100,60 B.
Rybinsk-Bolog.	5	89,80 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	93,90 bz
Transkaukas. g.	3	76,90 G.
Warsch.-Ter. g.	5	101,10 bz
Warsch.-Wien n.	4	97,00 B.
Wladikawk. O. g.	4	92,90 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,50 bz G.
Gotthardbahnov.	4	104,30 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,50 bz G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	77,90 bz G.
do. Lit. B.	5	76,80 bz G.
Süd-Ital. Bahn.	3	58,80 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	98,60 G.
Manitoba	4 1/2	98,60 G.
Northern Pacific	6	114,90 B.
San Louis-Franc.	6	105,40 B.
Southern Pacific	6	110,75 B.

Hypotheken-Certifikate.

Papier	Zf.	Kurs
Danz. Hypoth.-Bank	3 1/2	92,10 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	112,50 bz B.
do. do. II.	3 1/2	108,20 B.
do. do. III. abg.	3 1/2	98,90 B.
do. do. IV. abg.	3 1/2	98,90 B.
do. do. V. abg.	3 1/2	93,60 bz
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,20 bz G.
do. do.	3 1/2	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 2000)	4	100,70 bz
do. do. (rz 100)	3 1/2	94,80 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,10 bz
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	102,30 bz G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,50 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4 1/2	115,75 G.
do. do. X. (rz. 110)	4 1/2	111,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,80 bz
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	95,20 G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3 1/2	95,20 G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4 1/2	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,30 bz G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	97,20 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	100,30 G.
do. do. do.	4	102,20 bz G.
do. do. do.	3 1/2	96,10 G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,30 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	95,50 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4 1/2	105,00 B.
do. do. (rz. 110)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,75 bz G.

Bankpapiere.

Papier	Div.	Kurs
B. f. Sprit-Prod. H	3	64,30 G.
Berl. Cassenver.	6 1/4	124,50 bz
do. Handelsges.	7 1/2	140,30 bz G.
do. Maklerver.	10	126,75 G.
do. Prod-Hdbk.	St.	
Börsen-Hdlsver.	11	140,10 G.
Bresl. Disc.-Bk.	4 1/2	96,40 G.
do. Wechslerbk.	4 1/2	96,60 G.
Danz. Privatbank	8 1/4	
Darmstädter Bk.	5 1/4	137,75 bz
do. do. Zettel	4 3/4	
Deutsche Bank	9	158,75 bz
do. Genossensch	6	116,50 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	6 1/2	116,00 bz B.
Disc.-Command	8	184,80 bz
Dresdener Bank	7	143,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	3 1/2	86,00 bz G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	5	96,50 bz G.
Leipziger Credit	9	158,75 G.
Magdeb. Priv.-Bk	4	106,10 G.
Maklerbank	10	112,10 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	131,30 G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	107,00 bz B.
Mitteld. Crdt.-Bk.	5	100,00 bz
Nationalbk. f. D.	6 1/2	111,90 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	83,30 G.
Oester. Credit-A	8 3/4	171,25 bz
Petersb. Disc.-Bk	8,24	
do. Intern. Bk.	11	110,25 bz
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	5	
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,50 bz G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9 1/2	157,10 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk	6 1/2	120,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	103,75 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	13	
do. Leihhaus	6	87,30 G.
Reichsbank	7,55	147,10 bz
Russische Bank	6	
Schles. Bankver.	5 1/2	110,30 G.
Warsch. Comerz	8	
do. Disconto	7,7	

Industrie-Papiere.

Papier	Div.	Kurs
Allg. Elekt.-Ges.	9	135,10 bz G.
Anglo Ct. Guano	11 7/8	153,90 bz
Bauges. Berl.-Charl.	7 1/5	915,00 bz
Bauges. City St.-Pr.	0	82,75 G.
Bauges. Dtsche. Bau	3	78,50 bz B.
Bauges. Hann. St.-P.	4 1/2	70,75 B.
Bauges. Humb.	6	126,50 G.
Moabit	8	131,50 G.
Passage	3 1/2	65,50 bz G.
U. d. Linden	0	8,75 G.
Berl. Elekt.-W.	9	140,00 bz G.
Berl. Lagerhof.	0	75,25 bz G.
do. do. St.-Pr	3	115,25 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	51,40 G.
Berl. Bock-Br.	0	42,60 bz
Schultheiss-Br.	16	225,00 bz G.
Bresl. Oelw.	3	87,00 bz G.
Deutsche Asph.	4	84,75 G.
Dynamit Trust.	11	134,00 G.
Erdmannsd. Sp.	6	93,70 bz
Fraust. Zucker	0	99,00 bz G.
Glauz. Zucker	12	114,00 G.
Gummi Harburg-Wien	20	252,50 bz B.
do. Schwanitz	0	167,75 G.
do. Voigt Winde	8	122,00 bz G.
do. Volpl. Schldt.	5	94,25 G.
Hemmoor Cem.	4	105,00 bz B.
Köhlm. Strk.	4	208,00 bz
Körbisdf. Zucker	12	114,00 G.
Löwe & Co.	18	213,00 G.
Bresl. Linke	13 1/2	138,25 bz
do. Hofm.	13 1/2	
Germ. Vrz.-Akt.	6	89,75 bz G.
Görlitz ov.	8	119,00 G.
Görl. Lüdr.	13	129,00 bz G.
Grusonwerk	10	180,00 bz B.
H. Pauksch	0	
Schwarzkopff	—	232,25 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	107,50 bz
Sudenburg	24	205,50 G.
O.-Schl. Cham.	3	68,10 G.
do. Port.-Cem.	5 1/2	69,00 bz
Oppeln. Cem.-F.	5 1/2	86,00 bz G.
do. (Giesel)	6	68,00 G.
Gr. Berl. Pferdb.	12 1/2	213,75 bz B.
Hamb. Pferdeb.	4	93,75 bz
Potsd. ov. Pfrdb.	4 1/2	95,25 B.
Posen. Sprit-F.	4	84,50 G.
Rositzer Zucker	3	65,00 bz G.
Schles. Cem.	9 1/4	117,00 bz G.
Stett. Bred. Cem.	4	88,00 G.
do. Chamott.	15	194,75 bz G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13 1/3	120,50 bz G.
Berzelius	12	123,00 bz G.
Bismarckhütte	—	133,25 G.
Boch. Gusst.-F.	—	119,40 bz
Donnersmarck	—	79,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	57,90 bz
Gelsenkirchen	12	134,75 bz
Hibernia	12	109,30 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	37,00 bz G.
Inowracl. Salz	0	40,00 bz G.
König u. Laura	8	97,00 bz G.
Lauchham. ov.	—	100,40 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	106,50 bz
Oberschl. Bd.	2	49,75 bz B.
do. Eisen-Ind.	6	113,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	—	11,00 B.
Riebeck. Mont.	15	162,00 bz B.
Schles. Kohlw.	0	23,00 bz G.
do. Zinkhütte	18	172,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	18	172,00 bz G.
Stolb. Zink-H.	2	38,60 bz
do. St.-Pr.	7	105,90 B.
Tarnowitz ov.	—	35,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.